

Aktuelles zum Übergang Schule-Beruf in Nürnberg

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

der zweite Newsletter des BMBF-Projekts „Regionales Übergangsmanagement Nürnberg“ beschäftigt sich mit der ersten Nürnberger Bildungs- und ARGE-Jugendkonferenz, die am 7. Juli unter reger Beteiligung im Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg stattfand. In Kooperation mit der ARGE-Jugendkonferenz Nürnberg hatte das Nürnberger Projekt „Regionales Übergangsmanagement“ die Tagung „Übergang Schule-



Beruf“ mit dem Ziel geplant, neben vertieften Informationen über das Übergangsgeschehen auch Anregungen für die Praxis zu geben: Plenumsvorträge, eine Podiumsdiskussion, Workshops und Stellungnahmen der politisch Verantwortlichen standen auf dem Programm.

Das Tagungskonzept zwischen Theorie und Praxis ging auf. Persönliche Rückmeldungen der rund 250 Teilnehmer/innen, hauptsächlich Multiplikatoren sowie Entscheider aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung, aber auch eine formalisierte Rückmeldung mittels Feedback-Fragebogen (knapp ein Drittel aller Besucher meldete sich zu Wort) zeugen davon.

Der vorliegende Newsletter präsentiert eine Zusammenfassung der Einzelbeiträge und Statements und versucht einen Eindruck vom Diskussionsverlauf auf der Bildungs- und ARGE-Jugendkonferenz 2009 zu liefern. Über Ihr Interesse freut sich Ihr Projektteam Regionales Übergangsmanagement

Inhalt

Elsa Koller-Knedlik – Grußwort 2

Globalisierung und Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt (Vortrag Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld) 3

Dr. Ulrich Maly – Grußwort 3

Peter Munk – Interview 4

Programmübersicht der Bildungskonferenz 7

Podiumsdiskussion – Zusammenfassung 8

Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt (Vortrag Björn Hekmann) .. 9

Der Weg von der Schule in die Arbeitswelt. Aufgaben und Herausforderungen für Bildungsbegleiter (Workshop Dr. Ursula Bylinski) 10

Hürden des Übergangs und die individualpsychologische Situation Benachteiligter in Übergangsmaßnahmen (Workshop Wolfgang Mattes) 11

Berufsorientierte Ausbildungsvorbereitung. Ein Beispiel aus der betrieblichen Praxis (Workshop Hans-Peter Meinhold) 12

Resümee der Bildungskonferenz (Stellungnahmen von Dr. Klemens Gsell, Reiner Prölb und Claus-Dieter Rückel) 14

Betriebliche Lernbedingungen und Zufriedenheit aus der Sicht von Auszubildenden (Workshop Prof. Dr. Eva Quante-Brandt) 15

Impressum 16



Elsa Koller-Knedlik, Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Nürnberg

Lassen Sie mich auch für die Agentur für Arbeit ein Willkommen aussprechen. Ich darf sagen, dass ich mich angesichts der großen Zahl und Kompetenz der Teilnehmer sehr über das große Interesse freue, das unser joint venture offenbar findet. Dass wir diese Bildungs- und Jugendkonferenz gemeinsam zum Thema „Übergang von der Schule in den Beruf“ ausrichten, erscheint mir von hoher Symbolkraft und belegt einmal mehr das grundsätzliche Einvernehmen und eine erfolgreich praktizierte Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Die gemeinsame Konferenz gibt uns nun die Chance, die Themen Bildung, Chancen

auf Arbeit und erfolgreiches Berufsleben im Zusammenhang zu betrachten und als Glieder in einer Wirkungs- und, wenn ich Ihren Begriff, Herr Oberbürgermeister, borgen darf, Wertschöpfungskette zu analysieren. Eine solide Bildung ist Voraussetzung für Ausbildungsreife und Vermittlungsfähigkeit. Eine gründliche Ausbildung sichert die Beschäftigungsfähigkeit und das Auskommen. Nicht in der Grundannahme, wohl aber in der Praxis wurden diese fast schon banal zu nennenden Einsichten vielleicht in der Vergangenheit zu wenig mit Leben gefüllt. Aber gerade hier hat sich auch die Ausrichtung der Bundesagentur für Arbeit geändert. Wir setzen heute verstärkt auf Prävention und fördern deshalb auch unter Einsatz erheblicher finanzieller Mittel die Berufsorientierung und die Übergangsbegleitung. Eine solche Förderung, da bin ich sicher, wird Früchte tragen. Freilich muss der Erfolg von Programmen und Maßnahmen dann aber auch solide evaluiert werden. Es gilt – schon im Interesse des Beitragszahlers, der ja letztlich für diese Summen aufkommt – Standards zu schaffen und Erfolgskontrollen zu verankern.

Gestatten Sie noch ein Wort zu den viel beschworenen regionalen Netzwerken. Hier gibt es ja schon fast unendlich viele

Definitionen, aber ich würde unter diesen Begriff kooperativ ausgerichtete, relativ stabile Beziehungen zwischen rechtlich selbständigen und wirtschaftlich unabhängigen Organisationen fassen wollen. Zweck eines Netzwerks ist es, durch Abstimmung der komplementären Kompetenzen ein gemeinsames Handeln zu ermöglichen, das allen Beteiligten im Sinne der verabredeten Zielerreichung zugute kommt. Netzwerke funktionieren immer dann gut, wenn Zuständigkeiten nicht zu Dogmen erhoben werden. Funktionierende Zusammenarbeit verlangt aber gleichzeitig auch nach respektvollem und wertschätzendem Umgang. Gegenseitiges Vertrauen schafft dann Spielräume, die wir im Rahmen des rechtlich Möglichen nutzen können. Entscheidend ist das Ziel – und das muss die Verbesserung der Situation unserer Jugendlichen und jungen Erwachsenen sein. Wir waren und sind bereit, mit der Stadt Nürnberg, den Kammern und den anderen Partnern gemeinsame Wege zu verfolgen. Die Bildungs- und Jugendkonferenz ist dabei ein wichtiger Einzelschritt. Ich wünsche unserer Tagung viel Erfolg und Ihnen, meine Damen und Herren, eine Vielzahl von Anregungen für die künftige Arbeit. ■

Übergang Schule-Beruf Einflussfaktoren, Wirkungen und Strategien

Der Übergang von der Schule in das Erwerbsleben bedeutet den Wechsel von der dominierenden Tätigkeitsform ‚Lernen‘ zur überwiegenden Tätigkeitsform ‚Arbeiten‘. In aller Regel ist diese Situation mit der individuellen Entscheidung für eine berufliche Richtung oder einen bestimmten Ausbildungsgang verbunden. Zugleich verändern sich für den jungen Menschen aber auch viele Bezugsgrößen, etwa seine soziale Rolle, sein Status und sein soziales Beziehungsgeflecht. Es wäre deshalb verkürzend, würde der Übergang von der Schule in den Beruf ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Erwerbs von arbeitsmarkt- und ausbildungsrelevanten Qualifikationen und Kompetenzen gestellt. Denn zusätzlich zur Berufswahlkompetenz und Ausbil-

dungsreife stehen Anforderungen der Persönlichkeitsentwicklung, die sich aus der Ablösung vom Elternhaus, dem Aufbau einer Partnerschaft oder der Neuorientierung nach einem Wohnortwechsel ergeben. Darüber hinaus ist mit diesem Übergang das erweiterte soziale Umfeld angesprochen. Beeinflusst werden auch wichtige gesellschaftliche Aspekte wie die Arbeitsmarktsituation vor Ort, die Beschäftigungslage und Qualifikationsstruktur am Wirtschaftsstandort, aber auch die Qualität der Stadtgesellschaft, die Chancen auf soziale Teilhabe, die Ansprüche auf soziale Sicherung, Verwirklichung der Menschenrechte und die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit. Deutet dieses Anforderungsspektrum bereits auf die gewaltige Dimension der per-

sönlichen Herausforderung hin, so wird die Komplexität des Übergangsgeschehens durch weitere, nun aber außerhalb des Wirkungskreises von Individuen oder städtischer Gesellschaft liegenden Tendenzen weiter gesteigert. Entwicklungen auf dem nationalen und internationalen Arbeitsmarkt, konjunkturelle Schwankungen, Kapitalströme, technische Innovationen sowie globale ‚Megatrends‘ wirken auf Bedingungen und Spielräume ein. Was auf den ersten Blick als relativ simple Entscheidung eines jungen Menschen erscheint, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als vielschichtiger Vorgang innerhalb eines komplizierten Wirkungszusammenhangs, den es deshalb auch auf vielen Ebenen zu analysieren gilt. Die Einzelbeiträge der Bildungs- und Jugendkonferenz in Nürnberg versuchen sich dieser Komplexität anzunähern. Im Zentrum der Veranstaltung standen der umfassende Einflussfaktor ‚Globalisierung‘ und die Frage nach der Effektivität des bestehenden Übergangssystems. Zur ►

Grußwort

- Sprache gebracht wurden aber auch zielgruppenorientierte und individualpsychologische Bewältigungsstrategien, die Bedingungen einer gelingenden Ausbildung sowie konkrete Verbesserungsvorschläge für Bereiche des Übergangsgeschehens.

Globalisierung und Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt

Hauptvortrag von Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld, Universität Bamberg

Globalisierung

Globalisierung ist ein relativ moderner, viel strapazierter, zugleich aber auch amorpher Begriff. Meist wird er als zeitdiagnostischer Terminus verwendet und dient dazu, einen säkularen Durchgriff von weltweiter Reichweite zu bezeichnen. Dabei handelt es sich keineswegs um ein ganz junges Phänomen. Sachlich verweist Globalisierung nämlich auf die Expansion westlichen Denkens, vor allem der Rechts- und Eigentumsauffassung, und Wirtschaftens, nach dem Grundsatz liberaler Marktbeziehungen, seit dem beginnenden 16. Jahrhundert, das seit der ersten „großen Globalisierungswelle“ (Joseph Stiglitz) dominant auftritt. Neu und in seiner Wirkung von dramatischem Ausmaß ist allerdings eine schubartige Dynamik. Der Bildungsforscher Hans-Peter Blossfeld, Professor für Soziologie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Leiter des Staatsinstituts für Familienforschung (ifb) und verantwortlicher Koordinator für das Nationale Bildungspanel (NEPS) nennt in seinem Vortrag auf der Bildungskonferenz als entscheidende Katalysatoren dieser Beschleunigung: Die in den letzten zwanzig Jahren vollzogene Integration der osteuropäischen und asiatischen Länder mit sehr unterschiedlichen Produktionsniveaus, Standards und Lohnniveaus in den Weltmarkt, die rasante Vernetzung der Welt durch neue Kommunikations- und Informationstechnologien, den verstärkten Standortwettbewerb, die Steigerung von Waren-, Kapital- sowie Wissenstransfer, und schließlich eine wachsende Interdependenz von internen Entscheidungsvorgängen und externen Ereignissen. Dies gilt gerade auch für Deutschland, wo Marktanteile, Kapitalbewegungen sowie Informations- und Kommunikationsflüsse hochgradig mit internationalen Tendenzen interagieren. ►



Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Wie ein roter Faden zog sich die Forderung nach dem Aufbrechen institutioneller Grenzen und die Überwindung eingefahrener Denkmuster durch das Grußwort des Nürnberger Oberbürgermeisters Dr. Ulrich Maly. Es war ihm ein Anliegen klarzumachen, dass aus seiner Sicht hier die größten Hindernisse für eine adäquate Bildungspolitik allgemein und ein gelungenes Übergangsmangement im Besonderen bestehen. Als einen wichtigen Schritt zum Abbau dieser Hindernisse auf lokaler Ebene hat die Stadt Nürnberg nach einer entsprechenden Vereinbarung zwischen den Fraktionen im Jahr 2008 ein zentrales Bildungsbüro eingerichtet, bei dem auch das Übergangsmangement angesiedelt ist. Damit zeigt die Stadt die Ernsthaftigkeit des Vorhabens, die Bildungsangebote in der Stadt zu koordinieren und dazu Vorhandenes kritisch zu überprüfen und Lücken aufzudecken. Das Bildungsbüro übernimmt die regelmäßige Berichterstattung, mit der die Bildungsarbeit in der Stadt evaluiert wird.

Um an diesem Prozess möglichst viele Sachkundige und die Öffentlichkeit zu beteiligen, wurden zwei neue Gremien eingerichtet. Der Bildungsbeirat, eine Gruppe von ca. 50 Menschen, die in den verschiedenen Bildungssektoren Verantwortung tragen, diskutiert die Ergebnisse des Bildungsberichts und soll daraus entsprechende Folgerungen ableiten. Die öffentlich tagende Bildungskonferenz befasst sich einmal jährlich mit einem speziellen Thema aus dem Feld der Bildung, in diesem Jahr zusammen mit der ARGE-Jugendkonferenz mit dem Thema „Übergang Schule-Beruf“. In Zukunft werden das andere Themen sein wie z.B.

die frühkindliche Bildung, die Schnittstellen der verschiedenen Institutionen und Instanzen usw. Dazu werden immer auch externe Experten eingeladen, um nicht ausschließlich „im eigenen Saft zu schmoren“. Diese sollen einen kritischen Blick von außen auf die Nürnberger Entwicklungen werfen und die hiesigen empirischen Befunde und deren Bewertung diskutieren, um zu wirklichen Verbesserungen zu kommen.

Der Oberbürgermeister bemängelte, dass auch in Bezug auf das Übergangsmangement in erster Linie nach wie vor innerhalb von institutionellen Zuständigkeiten gedacht wird, was zu sehr begrenzten Arbeitsansätzen führt. Im Laufe seines Lebens hat aber jeder Mensch mit unterschiedlichen Einrichtungen verschiedener Träger zu tun, von denen zwar jeder sein Bestes leistet, jedoch ohne ausreichende Abstimmung untereinander. So ist für ein Kind oder einen Jugendlichen der Wechsel von einer Einrichtung in eine andere auch immer ein Systemwechsel, auf den man in der Regel nicht genügend vorbereitet wird. Maly forderte daher einen Perspektivenwechsel von der Institution und ihren Erfordernissen hin zum Menschen mit seinen individuellen Bedürfnissen unter Berücksichtigung seiner bisherigen Bildungsbiographie.

Der Oberbürgermeister formulierte als ersten Wunsch, über eine sinnvolle Evaluation und die geplante Bildungsberichterstattung genauere Kenntnisse darüber zu erlangen, welche Angebote wie erfolgreich sind. Sein zweiter Wunsch war, dass alle Akteure im Bildungsgeschehen sich aus den institutionellen Zwängen und Begrenzungen lösen, sich in die Lage versetzen, aus dem Paket der erfolgreichen Angebotsformen das jeweils individuell benötigte Paket zusammenzustellen und dieses Paket dann den Jugendlichen anzubieten, um sie so zum maximal möglichen Erfolg zu bringen.

Der dritte Wunsch galt dem Problem der unterschiedlichen Finanzierungsquellen der Maßnahmen im Übergang Schule-Beruf. Dabei gab Maly seiner Hoffnung Ausdruck, dass auch auf der Ebene von Bund und Ländern ein Umdenken erfolgt, so dass in Zukunft eine sinnvolle Mischfinanzierung für erfolversprechende Bildungsangebote möglich gemacht wird. ■



Peter Munk, Referatsleiter, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Frage: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat mit Perspektive Berufsabschluss ein ambitioniertes Projekt auf den Weg gebracht. Welche Motive waren ausschlaggebend?

Munk: Als das für die Berufsausbildung zuständige Ministerium hat das BMBF vor zwei Jahren den **Innovationskreis berufliche Bildung** einberufen. Die Aufgabe lautete, die zentralen Herausforderungen für Innovation im deutschen Berufsbildungssystem zu identifizieren und konkrete Handlungsoptionen zur strukturellen Verbesserung der beruflichen Bildung zu erarbeiten. Aus den resultierenden **Zehn Leitlinien zur beruflichen Bildung** wurde das Programm Perspektive Berufsabschluss mit den Bausteinen **Regionales Übergangsmanagement** und abschlussorientierte modulare **Nachqualifizierung** entwickelt.

Frage: Das Regionale Übergangsmanagement richtet sich an Städte und Kreise. Was haben diese mit Übergangsmanagement zu tun?

Munk: Lernen und Arbeiten benötigen Raum, d.h. einen Ort, wo beides geschieht. Das ist in aller Regel die Kommune. Zugleich besteht ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Innovation, gesellschaftlichem Frieden und Zukunftsfähigkeit der Kommune auf der einen und Qualifikationsniveau der Bevölkerung auf

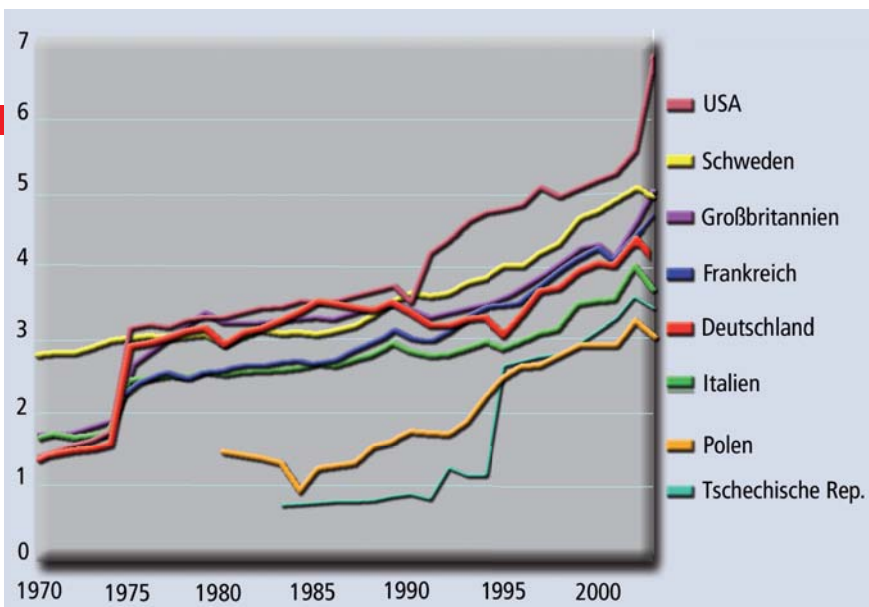
der anderen Seite. Andererseits sind die Folgen gescheiterter Übergänge in Ausbildung und fehlende Berufsabschlüsse bei jungen Menschen insbesondere in den Kommunen spürbar. Sie müssen sich um die Folgen von Arbeitslosigkeit und Orientierungslosigkeit kümmern. Deshalb ist es richtig, dass sich die Kommune an dieser schwierigen Schwelle engagiert.

Frage: Wie steht es um die rechtliche Zuständigkeit der Kommune?

Munk: Viele Partner mit unterschiedlichen gesetzlichen Aufträgen sind zu berücksichtigen. Ich nenne die Agentur für Arbeit, die ARGE, die Kammern, die Schulen und damit das Land, schließlich die Ausbildungsbetriebe und die Bundesgesetzgebung. In der Vergangenheit gab es natürliche Kooperationen. Kommunale Koordinierung aber meint, statt verdienstvoller Einzelaktivitäten gemeinsames Handeln anzuregen. Solch systematisches Zusammenwirken setzt sich nicht über Zuständigkeiten hinweg, sondern bringt Synergieeffekte. Wichtig ist, dass jede Instanz ihren Teil leistet und diesen als Beitrag versteht. Dann bringt die systematisch angelegte Koordinierung in der Verantwortung der Kommune die Stärken der Partner zur vollen Wirkung. Für ein solches Netzwerk spricht, dass ein gemeinsamer Nutzen generiert wird: für die Jugendlichen größere Ausbildungschancen; für die Schulen, dass sie, statt Schüler ins Ungewisse zu entlassen, auf den beruflichen Anschluss hinführen; für die Agenturen für Arbeit und Kammern höhere Vermittlungszahlen; und für die Kommune eine Steigerung des Qualifikationsniveaus und verbesserte Chancen als Wirtschaftsstandort. Wie sich Zusammenarbeit und Vernetzung vor Ort konkret gestalten, ist immer sehr unterschiedlich. Die gemeinsam von der Stadt Nürnberg und ARGE Nürnberg veranstaltete Bildungs- und Jugendkonferenz ist gelebte Kooperation und zeigt, dass Nürnberg auf einem sehr guten Weg ist. Solch gemeinsames Handeln schafft Verständnis und Vertrauen, trägt bei zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die nachkommende Generation, zu mehr Bildungsgerechtigkeit vor Ort und ermöglicht – ganz im Sinne der Bundesregierung – **Aufstieg durch Bildung.** ■

► Dabei zeitigt diese Beschleunigung für jeden spürbare Wirkungen. Zu nennen ist die grenzüberschreitende Vernetzung, bei gleichzeitigem Schwinden von wirksamen Rechtsrahmen. Weiter ergeben sich Produktivitätszuwächse für die industrielle Wirtschaft und daraus resultierend eine Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards für breite, aber eben bei weitem nicht alle Bevölkerungsschichten oder Regionen. Schließlich ist das Phänomen Globalisierung verbunden mit der Zunahme an unerwarteten Entwicklungen. Sprünge, krisenhafte Zuspitzungen und massive Einbrüche nehmen an Zahl und Wirkung zu und wirken nicht mehr nur lokal oder national, sondern weltweit.

Mit anderen Worten: Mit den weltweiten Bezügen wachsen die Möglichkeiten eines Agierens jenseits der Rechtssetzung von Nationalstaaten. Bedingt durch die Effekte der Globalisierung finden sich Menschen auf den verschiedensten Ebenen als Globalisierungsgewinner oder als Globalisierungsverlierer wieder. Zum Teil – und deshalb handelt es sich hier auch um ein Bildungsthema – lässt sich dieses Ergebnis auf einen asymmetrischen Zugang zu den relevanten Informationen (Joseph Stiglitz) und daraus resultierend die Verwertung von Chancen zurückführen. Schließlich wächst mit den Handlungsoptionen die Planungsunsicherheit. Mit der im Vortrag von Blossfeld herausgearbeiteten Beschleunigung verflüchtigen sich aber nicht nur Restbestände von Traditionen und Althergebrachtem, sondern kommt auch der „okzidentale Rationalismus“ in Bedrängnis. Statt der Sicherheit langfristiger Kalkulierbarkeit von Entwicklungen müssen sich Individuen und Unternehmen, Institutionen und politische Strategen auf die Widersprüchlichkeit von Angleichungen, Heterodoxien und kurzfristigen Wandel einstellen. ►



Veränderungen des Globalisierungsgrads (KOF Globalisierungsindex)
Darstellung ausgewählter europäischer Staaten (nach H.-P. Blossfeld)

► **Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation der Berufsanfänger**



Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld, Universität Bamberg

Die skizzierte Zunahme weltweiter Verflechtungen schlägt, so Blossfeld, direkt und indirekt auf die regionalen Wirtschaftsräume durch. Technologische Innovationen, daraus resultierende veränderte Qualifikationsanforderungen und Veränderungen im Nachfrageverhalten beeinflussen die Arbeitsmärkte und wirken auf langfristig bindende Standortentscheidungen ein. Unternehmen, die bislang in Ausbildung investieren, stellen sich zunehmend die Frage nach der Frist für eine Kapitalisierung dieser Ausgaben. Der seit Jahren beklagte Rückgang an Ausbildungsplätzen in Deutschland ist teilweise solch kurzfristigen Kalkulationen geschuldet, die angelernte Arbeitskräfte bzw. Quereinsteiger zulasten von im eigenen Unternehmen ausgebildeten Fachkräften präferieren.

Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene sieht Blossfeld beim Eintritt ins Erwerbsleben durch die Verkürzung der zeitlichen Horizonte negativ betroffen. Die Wahl eines Berufs wird immer deutlicher mit der Erwartung in dessen Zukunftsfähigkeit verknüpft, die aus besagten Grün-

den aber immer schwerer abzuschätzen ist. Berufsentscheidungen stehen darüber hinaus im Abwägungsprozess mit persönlichen Lebensplanungen, denn das Eingehen von Lebenspartnerschaften, die Entscheidung für die Familiengründung oder der Erwerb von Wohneigentum bedeuten langfristige Bindungen, die der beruflichen Flexibilität entgegenwirken können. Zumindest teilweise lässt sich damit, so Blossfeld, der besorgniserregende Rückgang der Geburtenrate erklären. Zulasten von Berufsanfängern schlägt aber auch durch, dass viele Arbeitgeber das Gewähren von langfristigen Garantien scheuen, wie sie für bereits integrierte Arbeitnehmer durch tarifrechtliche Sicherungen bestehen. Immer häufiger wird der berufliche Einstieg deshalb mit prekären Rahmenbedingungen, etwa Zeitverträgen, verlängerten Probezeiten oder der Vereinbarung von Betriebspraktika, erkaufte. „Junge Menschen“, fasst Blossfeld als Ergebnis seiner Forschungen zusammen, „sind besonders stark von Globalisierung betroffen, weil ihnen vielfach die Berufserfahrung und eine stabile Verankerung im Arbeitsmarkt fehlt, insbesondere in ‚internen‘ Arbeitsmärkten. Sie können oftmals nicht auf soziale Netzwerke zu Arbeitsorganisationen zurückgreifen und besitzen nicht die Verhandlungsmacht, stabile und kontinuierliche Arbeitsverhältnisse einzufordern. Ihre Arbeitsverträge können darüber hinaus vergleichsweise einfach veränderten Bedingungen angepasst, das heißt, flexibilisiert und zu ihren Lasten verschoben werden. Besonders hart von den globalen Veränderungen werden Berufseinsteiger ohne Qualifikation getroffen. Globalisierung verstärkt deswegen insgesamt die sozia-

len Ungleichheiten innerhalb der jungen Generation, weil Ressourcen durch die zunehmende Relevanz des Marktes und der wachsenden individuellen Konkurrenz an Bedeutung gewinnen.“

Forderungen an die berufliche Bildung

Trotz der Wucht, die Blossfelds Analyse dem Globalisierungsprozess zuschreibt und den besonders negativen Konsequenzen, die er für Berufsanfänger herausarbeitet, gelten ihm die Wirkungen nicht als vollständig determiniert. Statt den „Megatrend Globalisierung“ als eiförmige und unabänderliche Bewegung zu begreifen, geht es dem Soziologen vielmehr darum, Differenzen und Ausprägungen wahrzunehmen und die Bedeutung der Einflussfaktoren zu verstehen. Denn die historisch gewachsenen und gesetzlich festgelegten Rahmenbedingungen von Nationalstaaten sowie sozial und habituell verfestigte Dispositionen und Mentalitäten treten hinzu, hemmen oder fördern den Gesamtprozess, bewirken spezifische Gemenge und lenken den Prozess in unterschiedliche Richtungen. Als solche Steuerungsfaktoren sei etwa auf die supranationale Europäische Sozialcharta und die nationalen Sozialgesetzgebungen verwiesen, die den Menschen der Unterzeichnerstaaten und dabei auch insbesondere den Arbeitnehmern umfassende soziale Rechte garantieren.

Mit dem Bildungssystem rückt Blossfeld einen anderen, wirkmächtigen Einflussfaktor ins Zentrum seiner Betrachtung. Staatliche Bildungssysteme bereiten mit definierten Lerninhalten junge Menschen auf ihre gesellschaftliche Rolle vor, organisieren Durchlässigkeit und Mobilität und beugen so individuellen Fehlschlägen und Umwegen vor, eröffnen mit Bildungszertifikaten Zugänge zum Beschäftigungssystem, tragen bei zur Optimierung der Humanressourcen, setzen Rahmenbedingungen für Ausbildung und Arbeitsverhältnisse, regeln die Chancen und Angebote beruflicher Weiterbildung und damit die Anschlussfähigkeit von Arbeitskräften an die sich ständig verändernden Qualifikationsanforderungen. Bildung – so Blossfelds zentrale These – vermag zwar den Globalisierungsprozess nicht aufzuheben, kann den Menschen aber sehr wohl dazu verhelfen, sich an ►

► diese bedeutenden Transformationen anzupassen.

Blossfeld plädiert dafür, dass die Nationalstaaten mit Reformen im Bildungssystem auf globale Entwicklungen reagieren und die Angebote dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechend ausrichten. Hinsichtlich einer Reform der beruflichen Bildung regt er an, durch die Stärkung von allgemeinen Ausbildungsinhalten die Flexibilität des Einzelnen „an existierende und zukünftige globale Veränderungen“ zu erhöhen. Dazu nennt er eine Reihe von zentralen Maßnahmen. Als Erstes verlangt er die Weiterentwicklung von einzelnen Ausbildungsberufen hin zu Berufsgruppen mit dem Ziel, flexiblere Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Er fordert zudem die konsequente Modularisierung der Ausbildungsinhalte. Davon erwartet er sich einerseits eine Verkürzung der Grundausbildungszeiten bei gleichzeitiger Ausweitung der Zahl junger Menschen, die einen Berufsabschluss erlangen, andererseits aber auch Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung nach dem Baukastenprinzip. Um die Zahl der Geringqualifizierten und Menschen ohne Berufsausbildung zu verringern,

erscheint es Blossfeld aber auch geboten, das im internationalen Vergleich in Deutschland extrem enge Zeitfenster für den Einstieg in eine Berufsausbildung für ‚Späteinsteiger‘ weiter zu öffnen. Für unverzichtbar hält er im gleichen Zusammenhang die flächendeckende Einführung von Einstiegshilfen wie die von der Bundesagentur für Arbeit finanzierte Einstiegsqualifizierung (EQ). Notwendig sei auch eine Ausweitung der akademischen Qualifizierung. Blossfeld regt Brückenkursangebote durch die Hochschulen zur Heranführung an akademische Kompetenz- und Lernerwartung an und verlangt eine bessere Verzahnung von Fachhochschulen und dualer Ausbildung. Weiter verlangt er mehr Transparenz bei den Leistungsnachweisen durch die Weiterentwicklung des Nationalen bzw. Europäischen Qualifikationsrahmens sowie eine Orientierung der Leistungseinschätzung an Kompetenzen. Abschließend warnt er schließlich davor, die Qualifikationsproblematik auf den Übergang von der Schule ins Arbeitsleben zu verkürzen. Zusammenfassend empfiehlt Blossfeld, „die Qualifikationen aller Arbeitskräfte kontinuierlich im Lebenslauf den sich

rasch ändernden Anforderungen des globalen Arbeitsmarkts anzupassen und auf diese Weise eine Altersdiskriminierung zu verhindern. Berufliche Qualifikation kann nicht auf eine relativ kurze Phase zu Beginn des Lebenslaufs beschränkt bleiben, sondern ist eine lebenslange Aufgabe.“ Das Instrument der städtischen Bildungskonferenz hält er für das richtige Signal, um mehr Aufmerksamkeit für Bildung einzufordern und in der Öffentlichkeit die Schlüsselfunktion von Bildung für die Zukunftsfähigkeit bekannt zu machen. ►



Die erste Nürnberger Bildungskonferenz besuchten über 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.



Übergang Schule – Beruf

9. Juli 2009
9.00 Uhr bis 16.00 Uhr
im Caritas-Pirckheimer-Haus Nürnberg

Programm

- 9:00 Uhr Grußworte
Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Elsa Koller-Knedlik, Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Nürnberg
Peter Munk, Regierungsdirektor im Bundesministerium für Bildung und Forschung
- 9.30 Uhr „Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt“
Björn Hekman, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh
- 10.00 Uhr „Globalisierung und die Veränderung der Berufschancen der jungen Generation in modernen Gesellschaften“
Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld, Universität Bamberg, Leiter des Staatsinstituts für Familienforschung (ifb),
Projektleiter Nationales Bildungspanel
-
- 10.30 Uhr Pause
-
- 11.00 Uhr **Diskussionsrunde** mit:
Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Jürgen Spatz, Bereichsleiter Aktive Arbeitsförderung / Programme und Prozessbetreuung SGB III bei der Bundesagentur für Arbeit
Dr. Stephanie Odenwald, Mitglied des Hauptvorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Leiterin des Bereiches Berufliche Bildung und Weiterbildung, Frankfurt
Gerd Knop, Personalabteilung Otto-Group, Hamburg
Dr. Wilfried Kruse, Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund
-
- 12.30 Uhr Mittagspause
-
- 13.30 Uhr **Fachliche Foren**
- | Forum 1 | Forum 2 |
|---|--|
| <p>„Bildungsbegleitung: Herausforderungen für Institutionen und pädagogische Fachkräfte“
Dr. Ursula Bylinski, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)
Moderation: Uwe Kronbeck, Teamleiter U25, ARGE Nürnberg</p> | <p>„Hürden des Übergangs und die individualpsychologische Situation Benachteiligter in Übergangsmaßnahmen“
Wolfgang Mattes, stellvertretender Schulleiter der Nürnberger Berufsschule 11 und Mitglieder des Lehrerkollegiums
Moderation: Dr. Roland Storath, Dipl.-Psych., Leiter der Staatlichen Schulberatungsstelle für Mittelfranken</p> |
| Forum 3 | Forum 4 |
| <p>„Betriebliche Lernbedingungen und Zufriedenheit aus der Sicht von Auszubildenden“
Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Akademie für Arbeit und Politik, Universität Bremen
Moderation: Manfred Siegl, Industrie- und Handelskammer, Nürnberg für Mittelfranken</p> | <p>„Berufsorientierte Ausbildungsvorbereitung – ein Beispiel aus der betrieblichen Praxis“
Hans-Peter Meinhold, Ausbildungsleiter bei Lufthansa Technical Training, Hamburg
Moderation: Christian Kaiser, Handwerkskammer für Mittelfranken</p> |
- 15.00 Uhr **Stellungnahmen**
Dr. Klemens Gsell, 3. Bürgermeister, Geschäftsbereich Schule der Stadt Nürnberg
Reiner Prölb, Berufsmäßiger Stadtrat, Referent für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg
Claus-Dieter Rückel, Geschäftsführer der ARGE Nürnberg
- 16.00 Uhr Ende der Konferenz
- Tagungsmoderation: **Daniela Arnu**, Bayerischer Rundfunk München

Recht auf Ausbildung – Wer kann das leisten?



Podium: v.l.n.r.: Gerd Knop, Dr. Stephanie Odenwald, Dr. Ulrich Maly, Daniela Arnu (Moderation), Jürgen Spatz, Dr. Wilfried Kruse

Dr. Stephanie Odenwald, Mitglied des Hauptvorstands der GEW und Leiterin des Bereichs berufliche Bildung und Weiterbildung, erklärt in ihrem Beitrag, dass die GEW bereits 2008 eine Petition mit 72.000 Unterschriften im Petitionsausschuss des Bundestags eingereicht hat und darin ein gesetzlich verankertes Grundrecht auf Ausbildung verlangt. Ein verbrieftes Grundrecht hält sie für nötig, weil das duale System noch nicht einmal die Hälfte der Bewerber aufnimmt. Tatsächlich sei die Lage noch dramatischer als es die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit für das Verhältnis Bewerber-Ausbildungsplätze ausweisen, weil dort nur jene jungen Menschen erscheinen, die als ausbildungsreif gelten. Ein zweiter, geförderter Ausbildungsmarkt sei als Ergänzung nötig, um allen Jugendlichen eine Chance zu geben und junge Menschen mit hohem Förderbedarf zusätzlich zu unterstützen. Nürnberg ist hier wegweisend mit seinen Berufsfachschulen. In Hamburg gewährt der Senat jetzt beispielhaft eine Garantie für jeden jungen Menschen, der sich – etwa mit Unterstützung der Hamburger Hauptschulinitiative – um einen Ausbildungsplatz bemüht. Die beruflichen Schulen schließen dann ersatzweise mit dem Jugendlichen einen Ausbildungsvertrag. Findet der junge Mensch dann doch noch einen dualen Ausbildungsplatz, wird die Zeit in der schulischen Berufsausbildung angerechnet.

Gerd Knop, Personalabteilung der Otto-Group, Hamburg, sieht einen dringenden Bedarf an „ehrlichen Zahlen“. Fast immer würden die Angaben die Quote für Hauptschüler, die unmittelbar nach der Schule einen Ausbildungsplatz finden, beschönigen. In Hamburg wollte man vor einigen Jahren die Fakten auf den Tisch haben und musste feststellen, dass lediglich 5 % der Absolventen der Sprung

in die Ausbildung gelang. Durch die gemeinsam von Unternehmen, Arbeitsagentur und Senat finanzierte Hamburger Hauptschulinitiative ist es gelungen, die Quote auf 18,8 % zu steigern. Ganz ohne Frage, so Knop weiter, lohnen sich die für die Initiative aufgewendeten Kosten, die jährlich eine Ersparnis von etwa zwei Millionen Euro erbringt. Geld, das sonst für das Übergangssystem aufgewendet werden müsste. Statt vieler Einzelmaßnahmen empfiehlt Knop vehement dieses Modell der Übergangsbegleitung, da es nicht nur jungen Menschen zu Chancen verhilft, sondern auch dem Ausbildungsmarkt stärkt, indem es die richtigen Bewerber zum richtigen Ausbildungsbetrieb führt und insbesondere Kleinunternehmen dazu anregt, wieder vermehrt auszubilden.

Jürgen Spatz, Bundesagentur für Arbeit, aktive Arbeitsförderung/Produktbetreuung SGB III, kann sich bundesweit Netzwerkmodelle wie die Hamburger Hauptschulinitiative oder das Nürnberger Projekt SCHLAU durchaus vorstellen, wenn diese in die jeweilige Region passen. Für entscheidend hält er, dass der präventive Charakter dieser Maßnahmen dann auch die gewünschte Wirkung erzielt, und sich eine deutliche Anzahl von Jugendlichen erfolgreich bewerben kann, statt im Übergangssystem zu landen. Als Kernproblem sieht er freilich die Rechtsunsicherheit, die keinen Hauptverantwortlichen benennt. Ein stärkeres Engagement der Länder hält er für wünschenswert, auch wenn dies vielleicht zurzeit durch den Föderalismus ausgeschlossen scheint. Verbesserungsbedarf besteht aktuell insbesondere bei der Abstimmung vor Ort, denn eine Situation ist unerträglich, in der unterschiedliche Träger bei Maßnahmen für die gleiche Zielgruppe im Konkurrenzkampf stehen.

Dr. Wilfried Kruse, Sozialforschungsstelle Dortmund und Koordinator der Weinheimer Initiative, legt Wert auf einen bestimmten Ansatz, der der Kommune die zentrale Verantwortung für die Koordinierung des Übergangs vor Ort von der Schule in die Arbeitswelt zuschreibt. Zurzeit sieht er hier ein Defizit, denn obwohl der Kommune die Lasten des fehlgeschlagenen Übergangs als erster Stelle



Alexander Liebel, Schulleiter Berufliche Schule 4, Nürnberg



Michael Voss, Vorsitzender des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt

vor die Füße fallen, kann sie derzeit nur an den Kooperationswillen der anderen Instanzen appellieren. Dabei kennt sie den Bedarf und die Möglichkeiten einer effektiven Steuerung vor Ort am besten. Als Beispiel für die ungenügende Abstimmung führt er die vielerorts ohne jede Absprache mit den Kommunen installierten Berufseinstiegsbegleiter an. Statt die vorhandenen Potentiale und Möglichkeiten durch eine kommunale Koordinierung in eine effektivere Abstimmung zu bringen und die zusätzlichen Mittel im Rahmen ►

► eines umfassenden Übergangskonzepts einfließen zu lassen, wurden aus Kostengründen ortsfremde Träger bevorzugt. Wirksame Koordinierung würde demgegenüber bedeuten, dass Verwaltung, Schulen, Arbeitsagentur und ARGE, Maßnahmeträger, Kammern und Betriebe an einen Tisch Platz nehmen und zu verbindlichen Absprachen kommen. Um diese Rolle ausfüllen zu können, müsste aber die Rolle der Kommune gestärkt werden.

Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, hält die grundsätzliche Zustimmung für ein gemeinsames Handeln gegeben, sieht aber Grenzen der Gemeinsamkeit, sobald es konkret um die Ressourcenfrage geht. Während der Staat sich zuständig sieht, jedem jungen Menschen mit Hochschulreife eine universitäre Ausbildung in Aussicht zu stellen, hält er sich nicht für zuständig, wenn der Ausbildungsmarkt für einen Hauptschulabsolventen keinen dualen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellt. Er hält



Mehmet Selim Kartal, türkischer Generalkonsul in Nürnberg



Christian Kaiser, Handwerkskammer für Mittelfranken

es für notwendig, die Investitionen in die Berufsvorbereitung zu überdenken und dort gebundene Mittel statt dessen in der geförderten Ausbildung mit mehr Gewinn anzulegen. Statt unfruchtbare Zuständigkeitsdiskussionen zu führen, schlägt er die Suche nach pragmatischen Lösungen zur raschen Abhilfe eines Missstands vor, etwa in lokalen Netzwerken verwaltete und verantwortete Mischfinanzierungen zur Verbesserung des Übergangsgeschehens und die Finanzierung eines zweiten geförderten Ausbildungsmarkts für benachteiligte Jugendliche. ■

► Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt

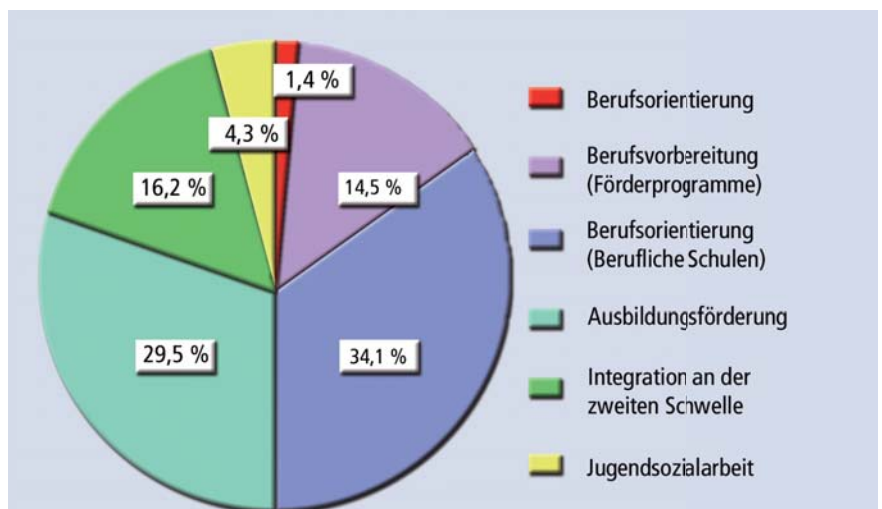


Björn Hekman, Carl Bertelsmann-Stiftung

Hans-Peter Blossfelds Forderung nach einer umfassenden Reform des Bildungs- und Ausbildungssystems stehen die besorgniserregenden Befunde der Bundesbildungsberichte von 2006 und 2008 sowie u.a. der Untersuchung „Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt“ gegenüber. Diese Studie des Instituts der deutschen

Wirtschaft Köln, erstellt im Auftrag der Bertelsmann Stiftung und vorgetragen auf der Bildungskonferenz von Björn Hekman, unterstreicht einmal mehr, dass es aktuell keinen geregelten Übergang von der Schule ins Erwerbsleben gibt. Es würden erhebliche Summen vom Bund, von der Bundesagentur für Arbeit und von den Ländern für Maßnahmen und Qualifizierungsangebote aufgebracht. Laut Untersuchung beliefen sich die Gesamtausgaben im Jahr 2006 auf insgesamt rund 5,6 Milliarden Euro, wobei – das muss einschränkend hinzugefügt werden – die von den Kommunen eingebrachten Leistungen in der Gesamtrechnung gar nicht berücksichtigt werden. Überwiegend gefördert werden demnach Projekte zur Berufsvorbereitung (48,6 %), zur Ausbildungsförderung (29,5 %) sowie zur Integration an der zweiten Schwelle (16,2 %). Mit seiner Betrachtung moniert er zurecht die Vielzahl der meist unabgestimmten Initiativen auf diesen Feldern für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren, die selbst Fachleuten den Überblick verstellt. Bemängelt wird zudem, dass die Maßnahmen statistisch nicht einheitlich erfasst sind und kaum verlässliche Aussagen über die Wirksamkeit vorliegen. Die Gesamtbilanz der Studie fällt deshalb vernichtend aus. Trotz der erheblichen finanziellen Aufwendungen tragen die bestehenden Maßnahmen kaum zur Verbesserung der Ausbildungsreife bei.

Dabei wäre eine zielführende Unterstützung dringend vonnöten. Jährlich neh-



Quelle: Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt
Dr. Björn Hekman, Bertelsmann-Stiftung

Ausgaben zur Integration Jugendlicher und junger Erwachsener in Ausbildung und Beschäftigung

► men dem Bundesbildungsbericht zufolge rund 500.000 Jugendliche an Unterstützungsangeboten der Berufsvorbereitung teil. Der Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zufolge verbringt jeder Absolvent mit maximal Hauptschulabschluss im Durchschnitt knapp 1 1/2 Jahre im Übergangssystem. Darüber hinaus verlassen jedes Jahr bundesweit rund 76.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss – das sind fast acht Prozent des Altersjahrgangs. Knapp der Hälfte von ihnen, so Hekman, würde es trotz der vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen und endlosen Warteschleifen nicht gelingen, jemals eine Ausbildung abzuschließen.

Um zu mehr Effizienz und Wirksamkeit und zugleich zu einer Reduzierung der investierten Mittel zu gelangen, ruft die Untersuchung die Politik auf, drei vordringliche Reformziele zu verfolgen: die wesentliche Verringerung der Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss und mangelnder Ausbildungsreife, die Verkürzung der Verweildauer im Übergangssystem sowie die Nachqualifizierung von An- und Ungelernten mit dem Ziel eines nachträglichen Berufsabschlusses. Hinzufügen sollte man an dieser Stelle, dass – sieht man auf den geringen Anteil von nur 1,4 % aus einer Gesamtsumme von 5,6 Milliarden Euro, die 2006 im Rahmen der Berufsorientierung ausgegeben wurde – die neue Strategie der Bundesagentur für Arbeit, die stärker auf Prävention denn auf Nachbesserung setzt, unbedingt zu begrüßen ist und mit dem Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss eine weitere wichtige Vorbedingung für eine Verbesserung der Gesamtsituation geschaffen ist.

Der Weg von der Schule in die Arbeitswelt Aufgaben und Herausforderungen für Bildungsbegleiter



Dr. Ursula Bylinski, Bundesinstitut für Berufliche Bildung, Bonn

Es erschiene jedoch gewiss als Fehler, mit der Reformbedürftigkeit des Übergangssystems die Förderangebote insgesamt in Frage zu stellen. Führt man sich den Förderbedarf und die Ausgangsbedingungen vor Augen, so wird man dem Anliegen von Ursula Bylinski, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesinstitut für Berufliche Bildung (BiBB), nur zustimmen können. Ihr geht es darum, die erkannten Defizite als bildungspolitische Problemstellung aufzugreifen und die Bedingungen für den gelingenden Übergang noch genauer zu analysieren als dies bislang der Fall war. Zu lange wurde die Übergangsproblematik marginalisiert und dies trotz der gewaltigen quantitativen Ausweitung des Übergangssystems um 43,1 % zwischen 1995 und 2004 (Bundesbildungsbericht 2006). Auch Bylinski zweifelt an einem durchschlagenden Erfolg der Maßnahmen in der momentanen Form, sieht andererseits aber die Aufnahmekapazitäten der dualen Ausbildung als zu gering an und eine ergänzende vollschulische Berufsausbildung nur in Ansätzen entwickelt. (Nürnberg's Berufsfachschulen gehen hier freilich mit gutem Beispiel voran). Alle Daten deuten ihrer Ansicht nach darauf hin, dass sich die Übergangsproblematik in absehbarer Zeit kaum erledigen wird. Eine den aktuellen Schwierigkeiten gerecht werdende Analyse dürfe diese Fakten nicht ausblenden, sondern müsse sie als bildungspolitische Herausforderungen begreifen und nach strukturell wirkenden Abhilfen suchen.

Anknüpfend an den Zehn Leitlinien des Innovationskreises Berufliche Bildung und der Kernaussage der Weinheimer Initiative, die Kompetenzen der Kommunen für den Übergang von der Schule in den Beruf zu stärken und die Zusammenarbeit der Beteiligten zu forcieren, verweist Bylinski auf die regionale Unterschiedlichkeit, die erheblich und daher zu berücksichtigen sei. Die regionale Vernetzung der einzelnen Akteure wird als Voraussetzung verstanden, um zielgruppenorientiert Angebote qualitativ und quantitativ zu verbessern. Jungen Menschen müssen ‚Förderketten‘ statt ‚Warteschleifen‘ angeboten werden. Dazu bedarf es einer transparenten Gesamtarchitektur des regionalen Übergangsmangements, das ein verlässliches Beratungssystem installiert, die Qualifizierungsangebote der lokalen Akteure sichtet, abstimmt und bekannt macht, Standards entwickelt und zur Wirkung bringt sowie die Verankerung einer individuell ausgerichteten Berufsorientierung als festes Element der Schulentwicklung verfolgt.

Eine entscheidende Rolle für den gelingenden Übergang spricht Bylinski dem Bildungspersonal zu. Das vorhandene Bildungspersonal muss zu biographisch orientierten Berufswegebegleitern weiterqualifiziert werden, die das Übergangsgeschehen moderieren und zusammen mit den Jugendlichen deren Neigungen und Fähigkeiten entsprechende realistische Perspektiven entwickeln. Die komplexe Berufsentscheidung und die Ausbildung ►

► sind in einen pädagogischen Prozess einzubetten, der den Jugendlichen in seiner jeweils besonderen Situation ‚abholt‘, um mit ihm gemeinsam konsequent das Ziel der beruflichen Qualifizierung oder der schulischen Weiterqualifizierung anzusteuern. Im Rahmen der projektierten wissenschaftlichen Analyse professioneller Anforderungen an einen solchen Bildungsbegleiter gilt es die notwendigen Kompetenzen zu erfassen, ein Kompetenzprofil zu erstellen und die Verfahren für Weiterbildung von Lehrkräften, Sozialpädagogen, Ausbildern und Berufsberatern zu entwickeln. Ob dies letztlich allein durch Fortbildung von Lehrkräften, Sozialpädagogen und Ausbildern zu bewerkstelligen ist oder ob sich nicht vielmehr die Forderung nach einer neuen Profession herauschält, wird die Forschungsarbeit erbringen. Mit der Anerkennung der spezifischen Übergangsproblematik, der Notwendigkeit von Abstimmung und Vernetzung der beauftragten Institutionen und der Akzeptanz pädagogischer Professionalisierung der Handelnden freilich sind die ersten Schritte bereits getan.

Hürden des Übergangs und die individualpsychologische Situation Benachteiligter in Übergangsmaßnahmen

Einige hunderttausend junge Menschen erleben in Deutschland jedes Jahr, dass sie nicht die erhoffte Ausbildung unmittelbar nach der Schule, aber auch nicht nach einem Übergangsjahr antreten können. Dafür kann es viele Gründe geben. Sie können strukturell verursacht sein – etwa durch die Beschränkung des Ausbildungsplatzangebots –, sie können aber auch individuell bedingt sein – etwa wegen der für ein Ausbildungsverhältnis noch ungenügend entwickelten individuellen Kompetenzen. Eine makroökonomische Betrachtungsweise wie die von Hekman vorgestellte Studie Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt richtet das Augenmerk auf direkte und indirekte volkswirtschaftliche Kosten, die sich aus einem solchen „verhinderten Übergang“ ergeben. Eine solche Einordnung bedarf jedoch einer vervollständigenden Betrachtung, die das Übergangsgeschehen nicht nur unter den Aspekt der Effizienz erfasst, sondern auch die individuelle Dimension des „gescheiterten Übergangs“ in den Blick nimmt und auf die individualpsychologischen Kosten verweist. Eine solche kom-

plementäre Sichtweise erkennt an, dass der „missglückte Übergang“ tendenziell das Selbstwertgefühl des Einzelnen untergräbt und eine Vielzahl unerwünschter gesellschaftlicher Folgen bis hin zur Gewalttätigkeit nach sich ziehen kann.

Im Rahmen des Kooperativen Berufsintegrationsjahrs (BIJ) hat eine Gruppe von Pädagogen unter der Leitung von Wolfgang Mattes, stellvertretender Schulleiter der Nürnberger Bauberufsschule, die individualpsychologische Situation näher ausgeleuchtet. Beim BIJ handelt es sich um eine schulische Übergangsmaßnahme, die sich an noch nicht voll ausbildungsreife Jugendliche richtet. In aller Regel verfügen diese jungen Menschen über keinen Hauptschulabschluss und bringen einen Migrationshintergrund mit. Die Pädagogen stellten achtzehn Schülern des BIJ an der Bauberufsschule standardisierte Fragen, um Auskunft über ihre „schulischen Basiskenntnisse“, ihre „sozialen Kompetenzen“, ihr „Selbstwertgefühl“, ihre „Lebensfreude“, ihre „Familienbindung“, ihre Anbindung an Peers, ihre allgemeine „Beziehung zu anderen Menschen“ sowie ihre bisherige praktische Arbeitserfahrung zu erhalten. Die Ergebnisse der Befragung waren in erster Linie gedacht als Grundlage zur Erarbeitung eines pädagogischen Entwicklungsplans. Sie gewähren freilich auch tiefe Einblicke in das Gefühlsleben ►



Im Anschluss an die Diskussionsrunde fanden am Nachmittag vier parallel laufende fachliche Workshops statt.



Wolfgang Mattes, stv. Schulleiter der Nürnberger Berufsschule 11

▶ von jungen Menschen, die ihre bisherige Schullaufbahn eher negativ bilanzierten. Auffallend ist, dass die jungen Menschen vielfach keine realistische Selbstwahrnehmung erarbeiten konnten. So stehen äußerst positive Selbsteinschätzungen der eigenen schulischen Kenntnisse unvermittelt neben entmutigenden Bewertungen. Häufig geben die Berufsschüler an, sie fühlten sich müde und erschöpft, bekunden dann aber schon im nächsten Moment ein hohes Maß an Kraft und Ausdauer. Die zwischen solchen Extremen schwankende Selbsteinschätzung schlägt sich nieder in einem nicht realisierten Auseinanderklaffen von Wunschbildern und Realität. Chancen werden behauptet, wo es sie kaum gibt, Chancen werden aber auch übersehen, negiert und nicht realisiert, wenn sie sich eröffnen. Die Gründe für den individuellen Förderbedarf finden sich in aller Regel in der Biografie. Mattes vermittelt anhand von vier Lebensläufen einen plastischen Eindruck, welche Lasten diese jungen Menschen mitschleppen müssen. Sie reichen

von traumatischen Kriegserlebnissen bis zu schwierigen Familienverhältnissen, von Erfahrungen mit Suchtkrankheiten oder Depressionen der Eltern bis hin zu nicht beachteten und nicht oder falsch behandelten psychischen Störungen im Kindes- und Jugendalter, die sich nun zur Verhinderung einer Eingliederung in den Arbeitsmarkt entwickeln.

Der Förderbedarf solcher Jugendlicher, der oft die Möglichkeiten der angebotenen Maßnahmen sprengt, war Gegenstand intensiver Diskussion. Einig waren sich Referent und Zuhörer darin, dass der missglückte Übergang durch die Ausgangsbedingungen einerseits oftmals den Umständen geschuldet und gewissermaßen vordeterminiert ist, andererseits von den Jugendlichen als weitere Bestätigung permanenten Versagens empfunden wird. Vielen Betroffenen erscheint die Aussichtslosigkeit damit unabänderlich, und sie finden sich in einem Teufelskreis wieder.

Der weitgehende Verlust des Selbstwertgefühls mindert verständlicherweise die Motivation und wirkt von Anfang an als Hypothek, die während der Maßnahme nur ganz langsam abgetragen werden kann. Hilfsangebote müssen deshalb individuell abgestimmt, auf realistische Zeiträume angelegt, durch für die jungen Menschen sichtbare Zwischenerfolge abgesichert und auf eine für sie erreichbare Zielperspektive hin konzipiert werden. Am Ende ausschlaggebend ist jedoch insbesondere der Aufbau einer persönlichen

Vertrauensbeziehung zum pädagogischen Begleiter – eine Forderung, der die heute übliche, mehr oder weniger willkürliche Aneinanderreihung nicht abgestimmter Maßnahmen in unterschiedlicher Trägerschaft entgegenwirkt.

Berufsorientierte Ausbildungsvorbereitung

Ein Beispiel aus der betrieblichen Praxis

Unter welchen Bedingungen Berufsvorbereitung zum Gewinn für alle Beteiligten wird, demonstriert der Beitrag von Hans-Peter Meinhold, der seit fast zwanzig Jahren für die Berufsausbildung bei Lufthansa zuständig ist. Die vor einigen Jahren umstrukturierte Hamburger Ausbildungsstätte „Lufthansa Technical Training“ ist Teil eines weltweiten Ausbildungsnetzwerkes mit insgesamt ca. 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Firmenphilosophie schreibt eine flexible Qualifizierung aller Auszubildenden vor, so dass sie später als Mitarbeiter weltweit sowohl in eigenen Niederlassungen als auch bei Kooperationspartnern tätig werden können. Allein am Hauptstandort Hamburg werden derzeit ca. 400 junge Menschen in zwölf Berufen ausgebildet.

Die Entscheidung des Technologiekonzerns, eine Maßnahme der Berufsvorbereitung auszurichten, kam nicht von ungefähr. Eine Sichtung der Vorqualifikation der erfolgreichen Bewerber führte den ▶



Hans-Peter Meinhold, Ausbildungsleiter bei Lufthansa Technical Training, Hamburg bei seinem Vortrag im Forum „Berufsorientierende Ausbildungsvorbereitung – ein Beispiel aus der betrieblichen Praxis“.



An der Nürnberger Bildungskonferenz nahmen Bildungsexpertinnen und -experten aus dem gesamten Bundesgebiet teil.

► Verantwortlichen vor einigen Jahren unabweisbar vor Augen, dass Hauptschüler in ihrem Unternehmen praktisch nicht mehr zum Zuge kamen. Hatte die Eingangsqualifikation Hauptschulabschluss im Jahr 2000 noch 10 % betragen, während 70 % mit einem mittleren Abschluss und 20 % mit Hochschulreife aufwarten konnten, verschoben sich die Anteile bis zum Jahr 2005 dramatisch: 0 % Hauptschulabschluss, 50 % mittlerer Abschluss, 50 % Hochschulreife. Nach diesem Eingeständnis wollte die Unternehmensleitung junge Menschen mit einfachem Schulabschluss gleichwohl nicht einfach abschreiben. In der Vergangenheit gesammelte positive Erfahrungen hinsichtlich Betriebstreue, Flexibilität und Einsatzbereitschaft von Hauptschulabsolventen sprachen eindeutig dagegen. Gleichzeitig war man sich im klaren darüber, dass Hauptschüler bei den verwendeten Aufnahmetests von vornherein die schlechtesten Karten hatten. Ein aussagekräftigeres Auswahlverfahren erschien angebracht.

Seit dem Jahr 2000 wird in Hamburg eine berufsorientierte Ausbildungsvorbereitung durchgeführt. Es handelt sich dabei um eine Sonderform der Einstiegsqualifizierung (EQ), finanziert von der Bundesagentur für Arbeit. Hauptschüler mit Interesse an einer betrieblichen Ausbildung werden über die Hamburger

Hauptschulinitiative für die Maßnahme ausgewählt. Da sich nach dem Urteil der Arbeitsagentur und der Wirtschaft die Zusammenarbeit mit Bildungsträgern nicht hinreichend bewährte, wurde im Jahr 2005 das Programm dem Ausbildungsbetrieb „Lufthansa Technical Training“ überantwortet. Es zeichnet sich aus durch einen ganzheitlichen Ansatz. An vier Tagen arbeiten die jungen Menschen in den Werkstätten, der fünfte Tag gehört dem schulischen Unterricht, der jedoch – und das ist das Besondere – nicht in den Räumen der Berufsschule, sondern durch staatliche Lehrkräfte in den Werkstätten von Lufthansa erteilt wird und unter dem Stichwort: „Unterricht im Blaumann“ stark handlungsorientiert ist. Auch hinsichtlich der schulischen Inhalte werden neue Wege eingeschlagen. Hier hat man Ballast an Lehrstoff abgeworfen und sich auf die Förderung des Sozialverhaltens sowie die Verbesserung der Basiskompetenzen in den Kernfächern Mathematik, Deutsch und Englisch konzentriert. Nach sechs Monaten treten die jungen Leute die letzte Phase, ein dreimonatiges ausbildungsanbahnendes Praktikum an. Einige der Kursteilnehmer übernimmt Lufthansa in geregelte Beschäftigungsverhältnisse, die anderen wechseln zu meist mittelständischen Unternehmen. Der Erfolg rechtfertigt den Aufwand: Alle

im Praktikum erworbenen Einzelqualifikationen werden zertifiziert; weniger als 3 % der Jugendlichen brechen die Maßnahme vorzeitig ab; über 90 % der Jugendlichen erhalten nach dem Praktikum einen Ausbildungsvertrag; fast alle halten die Ausbildung durch und schließen mit einem Berufsabschluss ab.

Der regen Diskussion des Beitrags auf der Bildungskonferenz entsprach das hohe Maß an Zustimmung. Ein Teilnehmer fasste das Gesagte mit den Worten zusammen, dass letztlich die relativ hohen Kosten dieser Maßnahme in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen stünden, die durch die vielen Einzelmaßnahmen und die nicht erfolgreiche Vermittlung in Ausbildung für die Gesellschaft entstünden. Am Beispiel der berufsorientierten Ausbildungsvorbereitung, die direkt auf ein Ausbildungsverhältnis zufführt, zeigt sich, wie das Übergangssystem wirtschaftlich effektiv und für die jungen Menschen mit einem subjektiven Erfolg gekrönt gestaltet werden kann. ►

Resümee der Bildungskonferenz

durch den Schulbürgermeister Dr. Klemens Gsell, den Sozialreferenten Rainer Pröbß und den Geschäftsführer der ARGE Claus-Dieter Rückel

Zum Abschluss der Bildungskonferenz nehmen Bürgermeister Dr. Klemens Gsell für den Geschäftsbereich Schule, der berufsmäßige Stadtrat und Referent für den Geschäftsbereich für Jugend, Familie und Soziales Rainer Pröbß, sowie Claus-Dieter Rückel, Geschäftsführer der ARGE Nürnberg, zum Thema Stellung. Sie nutzen die Gelegenheit nicht nur zur Positionsbestimmung, sondern verweisen auf ihre jeweiligen Aufgaben im Übergangsgeschehen.



Dr. Klemens Gsell, 3. Bürgermeister, Geschäftsbereich Schule der Stadt Nürnberg

Bürgermeister Klemens Gsell hebt in seiner Stellungnahme zunächst die Bedeutung der frühkindlichen Bildung und der Bildung in der Primarstufe heraus. Seiner Ansicht nach werden die Weichen für den Übergang Schule-Beruf bereits frühzeitig gestellt. Dabei sieht er durchaus positive Tendenzen, die sich nach den jüngsten Reformen auf diesen Gebieten abzeichnen. Belegbar werden sie durch die höheren Übertrittsquoten von der Grundschule auf das Gymnasium und die Realschule sowie die steigenden Anmeldezahlen für die Fachoberschule. Gsell stellt sich zu-

dem entschieden hinter die seit Jahren in Nürnberg verfolgte Profilbildung des städtischen Schulwesens jenseits der Sachaufwandsträgerschaft für Gebäude und nennt – mit Blick auf die zur Debatte stehende Integration in Ausbildung und Arbeit – den Auf- und Ausbau von Berufsfachschulen, welche die duale Ausbildung ergänzen und jungen Menschen zusätzliche Perspektiven schaffen. Die Vernetzung der städtischen Bildungseinrichtungen ist nach Auffassung des Schulbürgermeisters ein weiteres zentrales Aufgabenfeld für die Stadtverwaltung.

Jugend- und Sozialreferent Rainer Pröbß stellt fünf Punkte ins Zentrum seiner Ausführung. Als Kommunalpolitiker verweist er an erster Stelle auf die enormen Folgekosten für Transferleistungen, verursacht durch den misslungenen Übergang der Jugendlichen ins Berufsleben, die vor allem die Städte und Gemeinden zu tragen haben. Als zweiten Gesichtspunkt moniert er, dass Bildungs-, Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- und Jugendhilfesystem nicht nur systemisch ungenügend verzahnt

sind, sondern immer noch überkommenen Paradigmen folgen. Hier kritisiert er insbesondere die zu frühe schulische Auslese. Drittens führt er aus, dass in die frühkindliche Förderung nach wie vor vergleichsweise zu wenig investiert werde. Als Viertes verlangt er von den Akteuren eine gemeinsame Bestimmung kurz- und langfristig erreichbarer Ziele zu entwickeln und zu verfolgen. Dabei muss die Kommune mehr Verantwortung übernehmen und mit Kompetenzen ausgestattet werden. Als fünften und letzten Punkt mahnt Rainer Pröbß zu einem generellen Umdenken in der Ausgabenpolitik, wo derzeit fiskalische Gesichtspunkte oftmals über den dringenden sozialen Handlungsbedarf dominieren. „Wir können“, so der Sozialreferent, „es uns nicht mehr leisten, das zu leisten, was wir uns im Moment leisten.“

Als Mitveranstalter der Bildungs- und ARGE-Jugendkonferenz Nürnberg rückt der Geschäftsführer der ARGE Nürnberg, Claus-Dieter Rückel, noch einmal die zwei zentralen Gesichtspunkte für die Inan-



Rainer Pröbß, Berufsmäßiger Stadtrat, Referent für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg



Claus-Dieter Rückel, Geschäftsführer der ARGE Nürnberg

► spruchnahme von Grundsicherungsleistungen ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Einerseits fehlt es an Ausbildungsplätzen, andererseits mangelt es den Schulabgängern an den nötigen Voraussetzungen für die Berufsausbildung. Eine grundlegende Verbesserung verlangt nach seiner Ansicht deshalb auch mutige Schritte. Die öffentliche Hand muss sich endlich zur Verantwortlichkeit für die Berufsbildung bekennen und bedarfsdeckend die Möglichkeit vollschulischer Berufsausbildungen in Ergänzung zum dualen Ausbildungsmarkt schaffen und sie muss im Vorfeld, das heißt, in der Schule, noch mehr für die Ausbildungsreife tun. ■

► Betriebliche Lernbedingungen und Zufriedenheit aus der Sicht von Auszubildenden

Mit dem erfolgreichen Übertritt von der Schule in die berufliche Ausbildung ist der Erfolg im Regelfall noch keineswegs gesichert. Rund 10 % aller Auszubildenden, so lauten Schätzungen, brechen die Ausbildung vor der Erlangung eines Berufsabschlusses ab.

In ihrem Beitrag dreht Eva Quante-Brandt, Professorin an der Akademie für Arbeit und Politik der Universität Bremen, die oft gestellte Frage nach den Gründen des Abbruchs kurzerhand um. Statt die Ursachenforschung für den Fehlschlag in gewohnter Weise zu betreiben, erkundigt sie sich nach den Zufriedenheitsbedingungen, die das Durchhalten eines Ausbildungsverhältnisses fördern. Die Studie zeichnet sich dadurch aus, dass sie die subjektiven Bewertungen der Auszubildenden mit den gesetzlichen Vorgaben in Beziehung setzt, um anschließend verallgemeinerbare Aussagen über Strategien zur Stabilisierung eines Ausbildungsverhältnisses zu treffen. Für Ausbildungsunternehmen sind die Erkenntnisse damit unmittelbar handlungsrelevant, denn an den Untersuchungsergebnissen kann abgelesen werden, wie bzw. wann es zur Unzufriedenheit kommt und wie Betriebe und Ausbilder negativen Entwicklungen und damit der Neigung zum Ausbildungsabbruch entgegenwirken können.

Die Untersuchung befasst sich vor allem mit den Bedingungen in Klein- und Kleinstbetrieben, die statistisch gesehen die höchste Abbruchquote aufweisen. Befragt hat die Wissenschaftlerin über 400 Auszubildende aus dem Friseurgewerbe, dem Kraftfahrzeughandwerk, Elektrotechnikbetrieben, dem Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnikhandwerk, dem Nahrungsmittelbereich sowie aus den Bauhaupt- und Nebenberufen. Von den jungen Menschen wollte sie wissen, ob die gesetzlichen Regelungen für die Ausbildung eingehalten werden, wie es mit den finanziellen und zeitlichen Rahmenbedingungen aussieht, wie die Ausbildung organisiert und wie die Prüfungsvorbereitung in den Ausbildungsalltag einbezogen wird.

Die Ergebnisse der Befragung sind ernüchternd. 74 % der Auszubildenden mo-

nieren, die gesetzlichen Vorgaben würden nicht oder ungenügend eingehalten. Sie geben an, der Ausbildungsrahmenplan würde nur teilweise oder sporadisch im Ausbildungsprozess eingesetzt, das obligatorische Berichtsheft kaum kontrolliert, geschweige denn in den Arbeitsalltag mit einbezogen. 80 % aller Auszubildenden sehen ihre finanzielle Entlohnung als nicht angemessen an, und 25 % klagen über eine unregelmäßige Auszahlung der Ausbildungsvergütung. Fast drei Viertel reklamiert Mehrarbeit und verweist auf unregelmäßige Arbeitszeiten. 20 % der jungen Menschen erklären, sie erhielten für Überstunden keinen Ausgleich, 38 % beklagen, sie würden zu wenig strukturiert auf Prüfungen vorbereitet.



Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Akademie für Arbeit und Politik, Universität Bremen

Umso erstaunlicher ist es, dass die Mehrheit der Auszubildenden trotz dieser Klagen mit ihrer Ausbildung zufrieden ist. Dies sei, so Quante-Brandt, immer dann der Fall, wenn gute persönliche Beziehungen zwischen dem jungen Mensch und dem Ausbilder bestehen. Wirkliche Unzufriedenheit stellt sich offenbar erst ein, wenn das Gerechtigkeitsempfinden dauerhaft gestört ist. Ein erhöhter Leistungsdruck wird immer dann als Belastung empfunden, wenn die Anerkennung ausbleibt. Vermehrte Arbeitszeiten führen erst zur tiefgreifenden Unzufriedenheit, wenn kein Ausgleich gewährt wird. Selbst die absolute Höhe der Ausbildungsvergütung ist nicht unbedingt ausschlaggebend. Für die Auszubildenden ist vielmehr relevant, ob ihnen das Entgelt eine finanzielle Unabhängigkeit vom Elternhaus ermöglicht.

Die von Quante-Brandt analysierten Erfahrungen werden in der Diskussion durch die Teilnehmer weitgehend bestätigt. In der Debatte wird insbesondere die Differenz zwischen den Ausbildungs- und Prüfungsinhalten zum Thema. Einig ist man sich, dass das Entstehen von ►

Schülerreporter

► Unzufriedenheit auf beiden Seiten durch eine größere Achtsamkeit hinsichtlich der Ordnungsvorgaben und der Ausbildungsqualität vermieden werden könnte. Angesprochen wird auch, dass die pädagogische Qualität der betrieblichen Ausbildungsorganisation einer steten Weiterentwicklung unterworfen sein muss und vor allem die Kommunikation der Ausbilder mit den Auszubildenden über den Ausbildungsprozess zu pflegen ist.

Mit den Stichworten Achtsamkeit und Kommunikation stehen damit zwei Schlüsselbegriffe am Ende der Debatte, die auf die Übergangsproblematik insgesamt anwendbar sind. Ohne Achtsamkeit hinsichtlich der eingesetzten Ressourcen, aber auch gegenüber der sozialen und entwicklungspsychologischen Situation der jungen Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf, kommt es ebenso rasch wie zwangsläufig zu Überdehnungen und Überforderungen, die den Gesamtprozess nachhaltig stören. Wichtig erscheint einmal mehr die Erarbeitung einer Kommunikationskultur, die sowohl von den Verantwortlichen für das Übergangssystem zu pflegen ist, die aber auch das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern, Lehrkräften und (Berufs-)Schülern sowie Ausbildern und Auszubildenden bestimmen muss, soll die Integration in die Erwerbstätigkeit und den Beruf möglichst reibungslos gelingen. ■

Im Rahmen eines Kooperationsprojekts des Bayerischen Rundfunks mit der „Stiftung Zuhören“ befragten Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Klasse der städtischen und staatlichen Wirtschaftsschule einzelne Teilnehmer der Bildungskonferenz über ihren beruflichen Werdegang und stellten aus den Antworten einen Radiobeitrag zusammen.



Dank

Für das leibliche Wohl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sorgten Schülerinnen und Schüler des Berufsvorbereitungsjahrs (BVJ) der Berufsschule 5 und des Förderzentrums Bärenschanze. Städtische Azubis übernahmen die Aufgabe von Konferenzlotsen.



Impressum

Stadt Nürnberg – Bildungsbüro
Regionales Übergangsmanagement
Theresienstr. 7
90403 Nürnberg
Tel. 0911 / 231-14147
E-Mail: bildungsbuero@stadt.nuernberg.de

Redaktion:
Dr. Martin Bauer-Stiasny, Brigitte Fischer-Brühl, Karin Engelhardt, Dr. Hans-Dieter Metzger, Dr. Christine Meyer (verantwortlich), Marie-Luise Sommer.

Grafik: Brigitte Behr

Fotos: Reinhard Thye, Ralph Schedlbauer

Nürnberg